

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/795 –**

**Keine weitere Unterstützung der Atomkraftwerke Khmelnytsky 2 und Rivne 4
in der Ukraine**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill,
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Cajus Caesar, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/819 –**

Festhalten an den Zusagen zum Bau von sicheren Ersatzreaktoren in der Ukraine

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Angela Marquardt, Eva-Maria Bulling-Schröter,
Gregor Gysi und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/708 –**

**Investitionen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
in Khmelnytsky 2 und Rivne 4**

A. Problem

In Kürze soll entschieden werden, ob die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) Kredite für den Weiterbau der Atomkraftwerke Khmelnytsky 2 (K2) und Rivne 4 (R4) in der Ukraine vergeben wird.

Mit dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Antrag der Fraktion der PDS soll die Bundesregierung gebeten werden, bei der EBWE darauf hinzuwirken, daß keine Kredite für den Weiterbau der genannten Atomkraftwerke vergeben

werden und statt dessen die Ukraine beim Aufbau einer effizienten und sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft unterstützt wird. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sieht u.a. vor, die Bundesregierung aufzufordern, die Zusagen im Rahmen der G7-Verhandlungen einzulösen und die Fertigstellung der Ersatzreaktoren zu ermöglichen.

B. Lösung

Zustimmung zum Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei gleichzeitiger Ablehnung der Anträge der Fraktion der CDU/CSU bzw. der Fraktion der PDS.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Annahme eines der abgelehnten Anträge.

D. Kosten

Die Gesamtprojektkosten für die Fertigstellung der beiden Kernkraftwerke K2 und R4 werden nach Aussage der Fraktion der SPD auf 3,4 Mrd. DM geschätzt, von denen Deutschland ggf. 810 Mio. DM zu finanzieren hätte.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/795 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/819 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 14/708 abzulehnen.

Bonn, den 15. Juni 1999

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Horst Kubatschka
Berichterstatter

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

Michaela Hustedt
Berichterstatterin

Ulrike Flach
Berichterstatterin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Horst Kubatschka, Kurt-Dieter Grill, Michael Hustedt, Ulrike Flach und Eva-Maria Bulling-Schröter

I.

Die Anträge auf den Drucksachen 14/795, 14/819 und 14/708 wurden in der 35. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. April 1999 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen. Zur Mitberatung wurden – zum Teil mit einer ergänzenden Überweisung in der 43. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Juni 1999 – folgende Ausschüsse aufgefordert:

- Drucksache 14/795: Auswärtiger Ausschuß
Finanzausschuß
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie

- Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Drucksache 14/819: Finanzausschuß
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie
- Drucksache 14/708: Finanzausschuß
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie
Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die mitberatenden Ausschüsse haben zu den Anträgen wie folgt votiert:

Ausschuß/Drucksache	Fraktion SPD	Fraktion B90/DIE GRÜNEN	Fraktion CDU/CSU	Fraktion F.D.P.	Fraktion PDS
Auswärtiger Ausschuß – 14/795 –	+	+	–	–	+
Finanzausschuß – 14/795 –	+	+	–	–	+
Finanzausschuß – 14/819 –	–	–	+	+	–
Finanzausschuß – 14/708 –	–	–	–	–	+
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie – 14/795 –	x	x	x	x	x
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie – 14/819 –	x	x	x	x	x
Ausschuß für Wirtschaft und Technologie – 14/708 –	x	x	x	x	x
Ausschuß für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit – 14/795 –	+	+	–	–	+
Ausschuß für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit – 14/708 –					

Legende: +: Zustimmung; –: Ablehnung; 0: Enthaltung; x: auf die Beratung verzichtet; : für erledigt erklärt

II.

Mit dem **Antrag auf Drucksache 14/795** soll die Bundesregierung gebeten werden, bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) darauf hinzuwirken, daß keine Kredite für den Weiterbau der Atomkraftwerke Khmelnytsky 2 (K2) und Rivne 4 (R4) vergeben werden und die Ukraine beim Aufbau einer effizienten und sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft unterstützt wird.

Mit dem **Antrag auf Drucksache 14/819** soll die Bundesregierung u.a. aufgefordert werden, umgehend die Zusagen, die im Rahmen der G7-Verhandlungen gemacht wurden, einzulösen und so den deutschen Beitrag zur Entschärfung der Sicherheitslage für die Ukraine und ganz Europa zu leisten. Kurz vor der Fertigstellung der Reaktoren dürfe das internationale Projekt nicht durch Deutschland gefährdet werden.

Mit dem **Antrag auf Drucksache 14/708** soll die Bundesregierung aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, daß die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung keine Mittel zur Fertigstellung der Kernkraftwerksprojekte Khmelnytsky 2 und Rivne 4 in der Ukraine zur Verfügung stellt und daß statt dessen die Mittel zur Modernisierung der ukrainischen Energiewirtschaft umgeschichtet werden.

III.

Der **Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat alle drei Vorlagen in seiner Sitzung am 15. Juni 1999 beraten.

Vom Vertreter der Bundesregierung wurde vorgetragen, man stehe zur Verpflichtung des Memorandum of understanding zwischen den Regierungen der G7-Länder, der Europäischen Kommission und der Regierung der Ukraine aus dem Jahre 1995, im Zusammenhang mit der Stilllegung des Kernkraftwerkes in Tschernobyl die Energieversorgung der Ukraine unter dem Aspekt der Sicherheit und der Kostenminimierung zu gewährleisten. Hierfür kämen auch andere nichtnukleare Kraftwerkskapazitäten in Frage. Die Verhandlungen hierzu seien noch nicht abgeschlossen. Aus Sicherheitsgründen im Vordergrund stehen müsse aber die Finanzierung des Sarkophags für den Reaktor in Tschernobyl.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde ausgeführt, die Finanzierung der Atomkraftwerke K2 und R4 stelle eine Altlast der Bundesregierung Kohl dar. 1995 sei zwischen den G7-Staaten und der Ukraine vereinbart worden, diesem Land beim Ersatz und bei der Stilllegung des Atomkraftwerks von Tschernobyl zu helfen. Unverständlicher Weise habe man dabei schwerpunktmäßig auf Kernenergie gesetzt. Auch in anderen Ländern (z. B. auch in Frankreich) gebe es nun Zweifel, ob eine Finanzierung dieser Projekte sinnvoll sei. Die zur Diskussion stehenden Atomkraftwerke K2 und R4 könnten keinen Ersatz für das Atomkraftwerk Tschernobyl darstellen, da vor den Jahren 2004 bis 2006 nicht mit deren Fertigstellung gerechnet werden könne, die Stilllegung von Tschernobyl aber für das Jahr 2000 vorgesehen sei. Die Kosten für die Fertigstellung der Atomkraftwerke K2 und R4 würden derzeit auf 3,4 Mrd. DM geschätzt. Auf

Deutschland entfalle davon eine Summe von 810 Mio. DM. Von daher sei es wirtschaftlicher, GuD-Kraftwerke zu bauen, die sicherer seien und sich schneller fertigstellen ließen. Die Energieversorgung in der Ukraine lasse sich zudem durch Effizienzsteigerung beim Wirkungsgrad der konventionellen Kraftwerke, beim Stromtransport und bei der Energienutzung verbessern. Es gebe auch keine unmittelbare Notwendigkeit zur Erhöhung des Kraftwerksbestandes in der Ukraine. So liege dort die maximal angeforderte Kraftwerksleistung bei weniger als der Hälfte der bestehenden Kraftwerkskapazität. Durch die Finanzierung der Atomkraftwerke K2 und R4 werde somit die Möglichkeit geschaffen, weiter und in verstärktem Umfang Strom nach Westeuropa zu exportieren. Entscheidend sei allerdings für die Fraktion der SPD die Frage der Sicherheit. Vergleichbare Kraftwerke in den neuen Bundesländern seien nicht weitergebaut worden. Von daher spreche man sich gegen eine Finanzierung der Reaktoren und für die Unterstützung der Ukraine beim Aufbau einer effizienten und sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft aus.

Von seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde festgestellt, der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei eine Absage an alles, was in den G7/G8-Verhandlungen im Hinblick auf die Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit der Reaktoren K2 und R4 vereinbart worden sei. Von seiten des Bundeskanzleramtes sei dagegen die Finanzierung dieser Reaktoren öffentlich befürwortet worden. Insofern seien die hier vorgetragenen Argumente gegen die Finanzierung zumindest in Frage zu stellen. Sowohl Frankreich wie Rußland hätten ein erhebliches Interesse an der Fortsetzung der Kooperation. Man selbst sei der Auffassung, daß die Bundesregierung und auch der Deutsche Bundestag die der Ukraine gegebenen Zusagen nicht mitten in einem Verfahren zurückziehen dürften, in dem Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit durchaus noch geprüft werden müßten. Ein solches Vorgehen stelle zudem eine massive Einflußnahme in die Souveränität eines Landes dar, in dem erst seit wenigen Jahren in einem eigenständigen Parlament Entscheidungen zur Energiepolitik getroffen werden könnten.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde dargelegt, die Finanzierung der Fertigstellung der Atomkraftwerke K2 und R4 sei nicht nur ökologisch völlig unverantwortlich, sondern auch ökonomisch nicht vertretbar. Sogar der Bund der Steuerzahler habe sich gegen dieses Projekt ausgesprochen. Die Ukraine habe 1995 selbst vorgeschlagen, Gaskraftwerke zu bauen. Dies sei aber von der EBWE unter maßgeblicher Einflußnahme der Regierungen von Frankreich und Deutschland abgelehnt worden. Das genannte Memorandum of understanding stelle eine Absichtserklärung, aber keine Verpflichtung dar. Insofern gebe es jetzt die Chance, die Fehlentscheidung von damals zu korrigieren und eine umweltpolitisch bessere Lösung zu verwirklichen. Dies sei allerdings ein sehr schwieriger Prozeß. Man hoffe, daß in einem ersten Schritt bei den kommenden G7-Verhandlungen eine Absetzung dieser Frage von der Tagesordnung erreicht werde, zumal auch in anderen Ländern große Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Finanzierung der Atomkraftwerke bestünden.

Von seiten der Fraktion der F.D.P. wurde festgestellt, entscheidend sei in dieser Angelegenheit, daß das Kernkraftwerk in Tschernobyl so früh wie möglich abgeschaltet und die Ukraine in die Lage versetzt werde, die eigene Energieversorgung jetzt und auch in Zukunft sicherzustellen. Wie dies zu geschehen habe, sei offensichtlich zwischen dem Bundeskanzleramt und den die Bundesregierung tragenden Fraktionen umstritten. Während sich die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag gegen eine Finanzierung der Kernkraftwerke K2 und R4 aussprechen, sei vom Bundeskanzleramt mehrfach in den Medien für eine solche Finanzierung Position bezogen worden. Da nach Aussage des Vertreters der Bundesregierung bei den kommenden G7-Verhandlungen nicht mit einer Entscheidung in dieser Sache zu rechnen sei, beantrage man, die Abstimmung über die Anträge zu vertagen.

Von seiten der Fraktion der PDS wurde ausgeführt, man habe sich als erste Fraktion gegen die Kreditvergabe durch die EBWE zum Weiterbau der Kernkraftwerke K2 und R4 in der Ukraine ausgesprochen, da man das Projekt aus ökologischer und aus wirtschaftlicher Sicht für unverantwortlich halte. Statt dessen spreche man sich dafür aus, der Ukraine und den anderen MOE-Staaten bei der Lösung ihrer Energieprobleme zu helfen, ohne sie in die nukleare Sackgasse zu führen. Vertreter der ukrainischen Regierung hätten in Gesprächen hier in

Bonn schon vor zwei Jahren deutlich gemacht, daß sie eine Finanzierung alternativer Projekte wie den Bau von Gaskraftwerken bevorzugten.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU den Antrag auf Verschiebung der Abstimmung über die Anträge abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/795 anzunehmen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/819 abzulehnen.

Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/708 abzulehnen.

Bonn, den 15. Juni 1999

Horst Kubatschka

Berichterstatter

Ulrike Flach

Berichterstatterin

Kurt-Dieter Grill

Berichterstatter

Eva-Maria Bulling-Schröter

Berichterstatterin

Michael Hustedt

Berichterstatterin

